

8. Wahlperiode

Enquete-Kommission

„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

PROTOKOLL

2. Sitzung der Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“
am Freitag, dem 24. Juni 2022, 11.00 Uhr,
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz:

Abg. Christian Winter

TAGESORDNUNG

1. Aussprache und Beschlussfassung zur weiteren Arbeitsweise in der Kommission, insbesondere zur Beteiligung junger Menschen

hierzu: Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU: Beteiligung junger Menschen im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission auf K Drs. 8/2

2. Beratung und Abstimmung zum Antrag der AFD-Fraktion auf K Drs. 8/1

3. Aussprache zu den zu bearbeitenden Themenkomplexen

4. Allgemeine Kommissionsangelegenheiten

Anlage

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

8. Wahlperiode

Enquete-Kommission

„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Anwesenheitsliste

2. Sitzung am 24.06.2022, 11.00 Uhr,

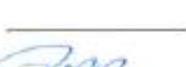
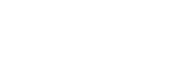
Schloss Schwerin, Plenarsaal

Vorsitzender: Abg. Christian Winter Stellv. Vorsitzende: Abg. Hannes Damm

1. Mitglieder der Enquete-Kommission

Ordentliche Mitglieder		Stellvertretende Mitglieder	
Name	Unterschrift	Name	Unterschrift

Von der Fraktion der SPD benannte Mitglieder

Jullitz, Nadine (MdL)		Falk, Marcel (MdL)	_____
Klingohr, Christine (MdL)		Kaselitz, Dagmar (MdL)	_____
Prof. Dr. Northoff, Robert (MdL)		Mucha, Ralf (MdL)	
Schieffler, Michel-Friedrich (MdL)		Saemann, Nils (MdL)	_____
Dr. Schröder, Anna-Konstanze (MdL)		Dr. Ullbricht, Christian	_____
Winter, Christian (MdL)		Klinkenberg, Mark	_____
Heinrich, Dörte		Beykirch, Johannes	_____
Dr. Bösefeldt, Ina		Walm, Maik	_____
Leger, Robin		Hanisch, Uwe	_____
Kant, Katja		_____
Rakel, Miriam	_____	_____
Repp, Sabrina		_____

Anwesenheitsliste – 2. Sitzung Enquete-Kommission – 24.06.2022

Von der Fraktion der CDU benannte Mitglieder

Hoffmeister, Katy (MdL)



von Allwörden, Ann Christin (MdL) _____

Reinhardt, Marc (MdL)



Berg, Christiane (MdL) _____

Hadrath, Theo



Ehlers, Sebastian (MdL) _____

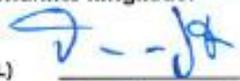
Kuster, Max

Peters, Daniel (MdL) _____

Nowatzki, Mattias _____

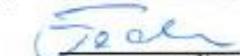
Von der Fraktion der AfD benannte Mitglieder

de Jesus Fernandes, Thomas (MdL)



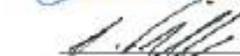
Kramer, Nikolaus (MdL) _____

Federau, Petra (MdL)



Stein, Thore (MdL) _____

Tschich, Alexander



..... _____

Stein, Skarthe



..... _____

Von der Fraktion DIE LINKE benannte Mitglieder

Albrecht, Christian (MdL)

Pulz-Debler, Steffi (MdL) _____

Hashimi, Sayed Mohammad



..... _____

Jahn, Anna



..... _____

Hanning Foerster (MdL)



..... _____

Von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN benannte Mitglieder

Damm, Hannes (MdL)



Wegner, Jutta (MdL) _____

Shapley, Anne (MdL) _____

Dehrich, Constanze (MdL) _____

Dr. Terpe, Harald (MdL) _____

Von der Fraktion FDP benannte Mitglieder

Enselkt, Sabine (MdL)



van Baal, Sandy (MdL) _____

Beginn der Sitzung: 24.06.2022 – 11:18 Uhr

Außerhalb der Tagesordnung

Der Vorsitzende **Christian Winter** begrüßt alle Mitglieder und stellvertretenden Kommissionsmitglieder sowie Gäste auf der Besuchertribüne und eröffnet die 2. Sitzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“. Herr Winter bittet um Verständnis für den verspäteten Beginn der Sitzung und verweist diesbezüglich auf die im Vorfeld stattgefundene Obleute-Runde.

Herr Winter informiert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GÜNEN folgende stellvertretende Mitglieder benannt habe: Frau Jutta Wegner (MdL), Frau Anne Shepley (MdL), Frau Constanze Oehrich (MdL), Herr Dr. Harald Terpe (MdL)

Weiterhin informiert er darüber, dass die Fraktion der CDU das nichtparlamentarische Mitglied Katharina Scheyko als stellvertretendes Mitglied benannt habe und diese Veränderungen in einer aktualisierten Übersicht zur Verfügung gestellt würden.

hierzu: Anlage 1

Vors. **Christian Winter** gibt bekannt, dass die Fraktion DIE LINKE mit schriftlicher Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden für das nicht anwesende ordentliche Mitglied Herrn Christian Albrecht (MdL) sowie das nicht anwesende stellvertretende Mitglied Steffi Pulz-Debler (MdL) den Abgeordneten Henning Förster als Mitglied in der 2. Sitzung der Enquete-Kommission benannt habe.

Vors. **Christian Winter** verweist auf eine Gästeanfrage, ob während der Sitzung der Kommission Fotos angefertigt werden dürften und merkt an, dass er dies, sofern von Seiten der Mitglieder kein Widerspruch bestehe, erlaube, da es sich um eine öffentliche Sitzung handle und die Kommission nach außen transparent arbeiten wolle. Eine Gegenrede dazu erfolgt nicht, sodass der Vorsitzende der Anfertigung von Fotos zustimmt.

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

Aussprache und Beschlussfassung zur weiteren Arbeitsweise in der Kommission, insbesondere zur Beteiligung junger Menschen

Vors. **Christian Winter** leitet über zu TOP 1 und verweist auf den dazu eingegangenen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf K Drs. 8/2-1.

„Beteiligung junger Menschen im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission“

Vors. **Christian Winter** eröffnet die Aussprache und erteilt dem Abgeordneten Michel-Friedrich Schiefler das Wort.

Abg. **Michel-Friedrich Schiefler (SPD)** betont die Besonderheit der Enquete-Kommission, da durch die Mitwirkung nichtparlamentarischer Mitglieder bereits ein gewisser Beteiligungsprozess gegeben sei. Um aber die Gesamtheit der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in M-V abzudecken, möge das Sekretariat einen Beteiligungsprozess konzipieren, der es ermögliche, die Basis der jungen Menschen in M-V mitzunehmen, an der Arbeit der Enquete-Kommission zu beteiligen, diese inhaltlich zu beleben und sich in Prozesse einzubringen. Die jungen Menschen sollen an Zwischenberichten und Expertenrunden teilnehmen. Um eine möglichst hohe öffentliche Wahrnehmbarkeit herzustellen, solle das Sekretariat die Arbeit der Kommission über Social-Media-Kanäle bewerben, um im laufenden Prozess bis 2026 bestenfalls alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in M-V erreichen zu können. Dadurch solle sichergestellt werden, möglichst niemanden aus den Augen zu verlieren und alle am Prozess teilhaben zu lassen, um die verschiedensten Meinungen einfließen zu lassen.

Vors. **Christian Winter** bedankt sich bei dem Abgeordneten und fragt ob weitere Wortmeldungen vorliegen würden.

Abg. **Hannes Damm (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)** betont, dass seiner Fraktion besonders wichtig sei, den Beteiligungsprozess auf einer fachlich guten Basis durchzuführen, d. h. dieser hohen Qualitätsstandards genüge. Da man sich mehrheitlich auf einen sehr dezentralen Beteiligungsprozess verständigt habe, solle eine Analyse

erfolgen, welche Ressourcen im Land vorhanden seien, die beim Beteiligungsprozess genutzt werden können, wo Bedarf zum nachsteuern bestehe, um dem formulierten hohen Qualitätsanspruch Rechnung tragen zu können. Dies finde sich in der Beschlussvorlage wieder. Zudem sei wichtig, die digitalen Medien, gerade im Flächenland M-V für den Beteiligungsprozess vor Ort zu nutzen und diesen darüber, natürlich nicht ausschließlich, abzubilden. Eine Aufgabe des Sekretariats solle darin bestehen, pädagogisch gut aufbereitete Materialien zur Verfügung zu stellen und im Rahmen von Vor-Ort-Veranstaltungen einzusetzen um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene einzubinden.

Abg. **Katy Hoffmeister** (CDU) stellt fest, dass bereits im Vorfeld zu diesem Antrag eine große Beteiligung stattgefunden habe, was an der breite der Einreicher deutlich werde. Für die CDU sei es besonders wichtig, einen möglichst breiten Beteiligungsprozess in allen Lebensräumen von M-V zu gewährleisten und insbesondere den ländlichen Raum zu berücksichtigen. Entscheidend sei, dass nicht nur digitale Möglichkeiten bestünden, sondern Ansprechpartner in allen 6 Landkreisen und 2 kreisfreien Städten gewonnen werden müssen, die beim inhaltlichen Prozess sowie der Aufbereitung der jeweiligen Themen begleiten.

Abg. **Sabine Enseleit** (FDP) betont, dass der FDP-Fraktion eine möglichst breite Beteiligung wichtig sei. Nach Möglichkeit sollten auch junge Menschen mobilisiert werden sich einzubringen, die dies bisher noch nicht tun. Nur so könnten wirklich die Bedürfnisse der jungen Menschen kennengelernt werden. Zudem sei die Einbindung und der Ausbau der sozialen Medien wichtig, da man an die Orte müsse, wo sich junge Menschen aufhalten würden. So könne ein Dialog kurzfristig möglich gemacht und die Themen begleitet werden.

Abg. **Henning Förster** (DIE LINKE) ist erfreut darüber, dass es gelungen sei, eine Verständigung zwischen 5 Fraktionen herzustellen, die in dem vorliegenden Antrag zum Ausdruck komme. Abg. Förster betont, dass es der Fraktion DIE LINKE und dem Abg. Christian Albrecht, den er heute vertrete, besonders wichtig sei, im Rahmen des angedachten Beteiligungsprozesses vor allem auch die jungen Leute zu beteiligen und abzuholen, die bislang nicht in bestehenden Gremien aktiv sind und sich dies ganz unabhängig von den Gründen dafür bisher nicht zutrauten. Genannt seien beispielsweise Wohnorte, die einen Zugang erschweren/nicht zulassen, sowie wirtschaftliche, soziale,

emotionale oder sonstige Belastungen. In der Obleute-Runde seien dazu bereits einige Themen angesprochen worden, beispielsweise Teilhabe über einen öffentlichen Live-Stream zu den Sitzungen oder Vor-Ort-Veranstaltungsangebote der Enquete-Kommission zu bestimmten Themenkomplexen. Es bedürfe eines breiten Beteiligungsprozesses, der auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet sein müsse. DIE LINKE sieht diese Bedingungen mit dem vorliegenden gemeinsamen Antrag erfüllt. Dieser gebe einen Rahmen vor, der einerseits konkret genug sei, um den gewünschten Prozess zu beginnen, biete andererseits aber auch die notwendige Flexibilität, um bedarfsgerecht nachsteuern zu können.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) verweist auf die Obleute-Runde im Vorfeld der Sitzung in der die vorliegenden Anträge besprochen worden seien. Er begrüßt prinzipiell, dass etwas eingebracht werde und betont, dass viel über breite Beteiligung, Jugendbeteiligung und den Aspekt der Einbindung gesprochen werde. Er bedauere daher das Signal, welches die einreichenden Fraktionen setzen. Mit der Beteiligung halte es sich in Grenzen. Auch die AfD habe Jugendliche in die Kommission entsandt, die sich beteiligen sollen. Es wäre eine Chance gewesen, vernünftig und breit aufgestellt mit der Arbeit zu beginnen. Er bittet darum, die AfD künftig mit einzubinden und nicht ein Signal ins Land zu senden, dass Jugendliche darauf achten müssten, welcher Partei sie nahestehen oder welche politische Einstellung sie haben und sie aufgrund dessen ausgegrenzt würden. So ein Signal solle gerade von der Enquete-Kommission nicht gesetzt werden. Diese solle überparteilich handeln, wichtige Probleme für alle Kinder und Jugendlichen im Land angehen und dabei alle mitnehmen. Die AfD werde sich bei der Abstimmung zum eingebrachten Antrag enthalten und verweist auf den durch die AfD selbst eingebrachten Antrag der im nächsten Tagesordnungspunkt beraten werde. Er wünsche sich zukünftig größere Zeitfenster, die eine echte Beteiligung aller ermöglichen und merkt an, dass eine Antragsveröffentlichung zwei Stunden vor Sitzungsbeginn keine Vorbereitung zulasse.

Vors. **Christian Winter** gibt den Hinweis, dass der vorliegende Antrag in dem Wortlaut am Abend zuvor allen Mitgliedern zugänglich gemacht worden sei. Die veränderte Variante K Drs. 8/2-1 enthalte im Unterschied zu K Drs. 8/2 lediglich einen Antragsteller mehr.

Dr. Ina Bösefeldt (nichtparlamentarisches Mitglied – SPD Fraktion) begrüßt, dass der Antrag eine Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern in der Fläche ermögliche. Es werde aus Ihrer Sicht noch unterschätzt, was es bedeute, die Kinder und Jugendlichen in der Fläche erreichen zu können. Der Wille dazu sei vorhanden, was großartig sei, bedeute aber nicht, dass Kinder und Jugendliche sich sofort auf diese Formate einlassen. Der Antrag mache es aber möglich, in die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen zu gehen, da er auf die Kooperationspartner*innen setze. Social-Media und Livestreams allein würden nicht dem Anspruch an Beteiligung gerecht, der gewünscht sei. Der Antrag sei aber so geschrieben, dass dies gelingen könne. Sie freue sich auf den gemeinsamen Weg.

Abg. **Hannes Damm** geht auf die Wortmeldung des Abg. De Fernandes ein. Er merkt an, dass es im parlamentarischen Prozess üblich sei, sich unterschiedliche Anträge anzusehen oder diese gestellt würden. Unter Verweis auf den durch die AfD eingebrachten Antrag stellt der Abg. Damm fest, dass im Vorfeld keine Verständigung mit den anderen Fraktionen dazu stattgefunden habe, und er dieses Argument daher zurückgebe. In Hinblick auf den kritisierten Zeitrahmen sieht auch der Abg. Damm Verbesserungspotential und deutet für seine Fraktion an, Anträge möglichst 1-2 Tage vor Sitzungsbeginn einzubringen.

Vors. **Christian Winter** fragt, ob noch weitere Redebeiträge vorlägen und stellt fest das dies nicht der Fall sei. Er leitet zur Beschlussfassung über. In Bezug auf das Procedere informiert der Vorsitzende, das für eine bessere Übersichtlichkeit Stimmkarten ausgegeben worden seien. Die Stimmen würden einzeln ausgezählt. Es seien insgesamt 22 parlamentarische und nichtparlamentarische stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Vors. **Christian Winter** lässt abstimmen über den Antrag der Fraktionen SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP auf K Drs. 8/2-1.

„Beteiligung junger Menschen im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission“

Abstimmungsergebnis: 17 Zustimmungen, 0 Ablehnungen, 4 Enthaltungen, 1 ohne Votum

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass der Antrag auf K Drs. 8/2-1 angenommen sei, schließt Tagesordnungspunkt 1 und ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

Beratung und Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion auf K Drs. 8/1

„Anhörungen im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission – Themen und Anzuhörende“

Vor. **Christian Winter** eröffnet die Aussprache und übergibt das Wort an den Abg. **Thomas de Jesus Fernandes**.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes** verweist auf die Verabschiedung des Einsetzungsbeschlusses und betont, dass die AfD-Fraktion intern mit der Arbeit begonnen habe. So habe man sich im Rahmen der Themenfindung damit beschäftigt, was man zusätzlich machen könne, was auch den Einsetzungsbeschluss umfasst und in welche Richtung die Arbeit gehen könne. Grund hierfür sei, dass eine gewisse Zeit nichts passiert sei und die AfD aktiv werden und einen Input setzen hätte wollen. Aus seiner Sicht sei dieses Ziel erreicht worden. Es sei ein bemerkenswerter Vorgang, dass der AfD Antrag auf K Drs. 8/1 erst als Tagesordnungspunkt 2 nach Beratung und Abstimmung über K Drs. 8/2-1 beraten werde. Der AfD Antrag hätte normalerweise zuerst beraten und darüber abgestimmt werden müssen. Dies wiederhole sich zukünftig hoffentlich nicht. Letztendlich sei nun Bewegung in die Arbeit gekommen, der Antrag der anderen Fraktionen liege nun auch allen vor und man wisse, worüber man rede. Er sei zufrieden, wenn der eigene Antrag als Input diene. Die AfD habe einige Themen dargelegt, die dazu dienen können, das Spektrum der Arbeit der Enquete-Kommission um einige interessante Aspekte zu erweitern.

Insofern wäre es zu begrüßen, wenn diese Punkte in die zukünftige Arbeit der Kommission Einzug fänden. Das Abstimmungsverhalten zum Antrag sei in der Obleute-Runde bereits thematisiert worden, die AfD werde dem eigenen Antrag zustimmen, da er gut sei.

Abg. **Hannes Damm** geht auf die Ausführungen ein. Ihn habe der Antrag an manchen Stellen irritiert. Die Überschriften seien teilweise unpassend für dieses hohe Haus und seine Fraktion finde sich darin nicht wieder. Er sehe zudem keinen großen Beitrag darin, die Themen des Einsetzungsbeschlusses erneut niederzuschreiben. Die Kritik zur Reihenfolge der Behandlung der vorliegenden Anträge weist er zurück. Es sei üblich,

diese Punkte in der Obleute-Runde zu erörtern und ggf. beim Vorsitzenden eine andere Reihenfolge zu beantragen. Diese Möglichkeit habe die AfD nicht wahrgenommen. Seine Fraktion werde, wie angekündigt, dem Antrag nicht zustimmen.

Abg. **Prof. Dr. Robert Northoff** (SPD) bemerkt, er habe den Antrag mit Interesse gelesen und natürlich überlegt, welche Punkte man nutzen könne. Allerdings falle es ihm schwer, dem Antrag zuzustimmen. Ihm seien insbesondere drei Punkte in der Kommissionarbeit wichtig. Die Kommission solle dezentral arbeiten. Die Kommission müsse basisnah arbeiten, um Menschen zu erreichen, an die man sonst nicht so einfach herankommt wie beispielsweise im Reitbahnviertel in Neubrandenburg. Zudem sei es wichtig, die Arbeit zumindest optional hybrid durchzuführen, um Menschen in einer größeren Zahl erreichen zu können. Der AfD Antrag sei nicht basisnah. Es würden Themen aufgemacht und bewährte Kräfte des Landes sollen dazu Stellung nehmen. Sein Ansatz sei, den jungen Menschen zunächst zuzuhören. Dabei vertraue er auf das Sekretariat, das diese Möglichkeiten eröffnen könne. Dadurch komme man in die Situation, vielleicht andere Sachverständige anhören zu wollen. Er könne nicht empfehlen, dem Antrag der AfD-Fraktion zuzustimmen.

Abg. **Henning Förster** (DIE LINKE) stellt gegenüber dem Abg. **Thomas de Jesus Fernandes** fest, dass er sich über die kreativen Überschriften wie -Fit im Schritt- und -Hotel Mama- sowie andere Inhalte im Antrag amüsiert habe. Er verweist auf die Ausführungen des Abg. **Prof. Dr. Robert Northoff**, sowie den bereits mehrfach erwähnten und gewünschten breiten Beteiligungsprozess unter Einbindung der Jugendlichen. Es sei nicht zielführend, bereits jetzt Sachverständige festzulegen. Dies solle sich vielmehr aus dem Diskussionsprozess ergeben. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Abg. **Sabine Enseleit** betont, die genannten Themen im AfD-Antrag seien vom Grundsatz her nicht verkehrt, da es sich um die bereits identifizierten Themen handele. Eine Vorfestlegung auf Akteure sei aus ihrer Sicht schwierig.

Sie regt an, bei der Themenfindung die Jugendlichen direkt einzubinden. Es mache keinen Sinn, hier in der Runde die Themen festzulegen die wichtig seien. Es gehe um die jungen Menschen im Land und wie ein Votum von diesen eingeholt werden könne.

Abg. **Christian Winter** führt aus, dass mit der Benennung von Sachverständigen/Experten der zweite vor dem ersten Schritt gegangen werde. Zunächst müsse der Beteiligungsprozess abgestimmt und auf den Weg gebracht werden. Fragen und Lösungskonzepte sollten zunächst mit den jungen Menschen erörtert werden, zu denen dann Anhörungen und Befragungen von Sachverständigen/Experten erfolgen würden.

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen würden und leitet zur Abstimmung über. Er bittet um ein klares Handzeichen.

Vors. **Christian Winter** lässt abstimmen zum Antrag der AfD-Fraktionen auf KDrs. 8/1.

„Anhörungen im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission – Themen und Anzuhörende“

Abstimmungsergebnis: 4 Zustimmungen, 15 Ablehnungen, 0 Enthaltungen, 3 ohne Votum

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden sei, schließt Tagesordnungspunkt 2 und ruft Tagesordnungspunkt 3 auf.

PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG

Aussprache zu den zu bearbeitenden Themenkomplexen.

Vors. **Christian Winter** kündigt eine Präsentation an. Es handele sich um eine Ableitung der Themencluster des Einsetzungsbeschlusses inkl. Unterpunkte. Es sei ein 6. Thema vorgesehen, wenn dafür noch die Zeit vorhanden sei.

Vors. **Christian Winter** erklärt, es gebe nun eine offene Aussprache, um zu beraten, in welcher Reihenfolge die Themen zu bearbeiten seien.

Abg. **Katy Hoffmeister** (CDU) verweist auf die Themenbenennung im Einsetzungsbeschluss. Es gebe 11 definierte Themen sowie 4 Querschnittsthemen die in allen 11 Themenbereichen beleuchtet werden sollen. Sie könne die dargestellte Zusammenfassung in 4 Themenbereiche nicht nachvollziehen und bittet um Erläuterung.

Vors. **Christian Winter** stellt klar, dass es sich um die Themencluster handele, die sich aus dem Einsetzungsbeschluss ergeben. Es handele sich um einen Vorschlag der Themenclusterung, der so nicht eins zu eins aus dem Einsetzungsbeschluss

herauszulesen sei. Es sei eine Anregung, wie die unterschiedlichen Punkte logisch zu 5 komplexen Punkten zusammengefasst werden können.

Abg. **Katy Hoffmeister** fragt nach, ob alle Themen in den 4 Clustern enthalten seien.

Abg. **Christian Winter** bestätigt dies. Es gäbe zudem auch Querschnittsthemen die eine Berücksichtigung finden würden. Es sei eine Vorbereitung auf die nächste Sitzung, in der die Themencluster in der Bearbeitungsreihenfolge festgelegt werden sollen.

Abg. **Hannes Damm** ist irritiert, da im Einsetzungsantrag die Querschnittsthemen wie Digitalisierung, Corona sowie der Klimaschutz klar genannt seien. Letzterer sei seiner Fraktion besonders wichtig. Dies komme jetzt bei den Querschnittsthemen, wo er es spätestens erwartet hätte, nicht vor. Er erwarte eine Aufnahme der Querschnittsthemen in jedem Einzelthema des Einsetzungsbeschlusses als Unterkapitel. Dies verstehe er unter Querschnitt. Darüber hinaus würden sich in der präsentierten Vorlage Themen finden, die im Einsetzungsbeschluss nicht aufgeführt seien. Man könne über neue Themen beraten. Bei einer reinen Clusterung hätte er allerdings eine Übereinstimmung mit den Themen des Einsetzungsbeschlusses erwartet. Abschließend wirbt er dafür, die Querschnittsthemen aus dem Einsetzungsbeschluss zu berücksichtigen.

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass dies so aufgenommen werde.

Abg. **Sabine Enseleit** bringt ihre Überraschung zur präsentierten Clusterung zum Ausdruck und kann diese in Teilen nicht nachvollziehen. Was habe Kultur mit Gesundheit zu tun? Ihr fehlten die genannten Querschnittsthemen Corona, Digitalisierung und natürlich auch Klimaschutz. Dies seien aus ihrer Sicht die übergeordneten Themen. Man könne über eine Clusterung sprechen, mit vorliegendem Entwurf sei aber bereits eine Reihung der Themen vorgenommen worden, die erst beraten werden müsse.

Sie bittet darum, entsprechende Entwürfe zukünftig allen vorab zur Verfügung zu stellen.

Abg. **Christian Winter** stellt klar, dass Querschnittsthemen bei jeder Thematik in den Blickwinkel einfließen würden. Es sei keine Vorgabe der Reihenfolge, sondern lediglich eine Aufzählung vorgenommen worden.

Abg. **Michel-Friedrich Schiefler** führt an, dass der aktuelle Rahmen dafür genutzt werden solle, die Themen Klimaschutz, Klimawandel, Digitalisierung auflisten zu können, um ein Gesamtcluster aufzuzeigen. In der nächsten Sitzung solle festgelegt werden, wie

die zeitlichen Abschnitte der Bearbeitung aussehen. Er verstehe den Vorschlag als Möglichkeit, neue Themen/Kategorien zu benennen und diese ggf. aufzunehmen.

Dr. Ina Bösefeldt interpretiert die Vorlage ebenfalls als Aufstellung, bei der ihr noch einige Punkte fehlen würden. Eine gewisse Flexibilität sei wichtig, um den Kindern und Jugendlichen zu Beginn die Möglichkeit zu geben, bei der Priorisierung mitzuwirken. Daher sei es konsequent, mit dem Thema Kinder- und Jugendbeteiligung zu beginnen. Sie halte nichts davon, einen Plan abzuarbeiten den die Kommission erstellt habe, ohne die Kinder und Jugendlichen anzuhören. Abschließend merkt Sie an, dass ihr vielfältige Gesellschaft- und Diskriminierungszusammenhänge bisher nicht ausreichend fokussiert seien.

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass dies im Protokoll notiert werde.

Abg. **Prof. Dr. Robert Northoff** versteht den Entwurf als Brainstorming ohne Festlegung der Reihenfolge. Aus seiner Sicht habe die Diskussion über die Beteiligungsform eine Vorrangigkeit. Diese solle zunächst diskutiert werden, da sich dies auf die weiteren Themen auswirke. Er gehe davon aus, dass die Hinweise der heutigen Sitzung vom Sekretariat aufgenommen und berücksichtigt würden. Aus seiner Sicht solle das Thema Migration und Jugend gerade in Hinblick auf die Schulen mit aufgenommen werden. Die Mitglieder der Kommission sollten zum jetzigen Zeitpunkt Themen benennen, die aus ihrer Sicht wichtig seien und in die Kommissionsarbeit einfließen müssten. Die Themenbehandlung müsse aus seiner Sicht flexibel sein und dem aktuellen Bedarf angepasst werden können. Daher sei es wichtig, dass ein Thema „X“ vorhanden sei. Eine Struktur, die flexibel ist, sei aus seiner Sicht positiv zu bewerten.

Abg. **Christian Winter** unterstreicht das zuvor Gesagte. Der Punkt Kinder- und Jugendbeteiligung sei sehr wichtig.

Die Enquete-Kommission, als Gremium des Landtages, habe die Möglichkeit, etwas an der institutionellen Beteiligung junger Menschen zu ändern. Zudem könne die Enquete-Kommission Verbänden, Institutionen, Organisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Bereichen einen zeitnahen Input zu bestimmten Themen und Vorhaben geben, wenn dies notwendig und gewünscht sei.

Abg. **Hannes Damm** betont, dass Einigkeit darüber bestehe, die Themen in sinnvolle Zusammenhänge zu bringen. Ihn würde interessieren, woher die Vorlage stamme und

kritisiert die Form der Präsentation. Es müsse ein Format gefunden werden, über die Vorlage diskutieren zu können, da die aktuelle Präsentation nicht zielführend sei. Ggf. solle die Vorlage auf Arbeitsebene vorstrukturiert und weitere Themen dort zusätzlich aufgenommen werden.

Abg. **Katy Hoffmeister** geht auf die Wortmeldung von **Prof. Dr. Robert Northoff** ein und stellt fest, dass der Enquete-Kommission Themen auferlegt worden seien. Das von ihm vermisste Thema sei im Einsetzungsbeschluss ausdrücklich genannt. Im vorliegenden Entwurf fehle es aber. Sie sehe dennoch nicht alle Themen des Beschlusses in der Vorlage. Es sei wichtig, sich daran zu orientieren was den Jugendlichen wichtig sei, wie **Frau Bösefeldt** ausgeführt habe. Themen, die der Kommission zusätzlich wichtig seien, könnten natürlich zusätzlich aufgenommen werden. Sie empfiehlt, in der nächsten Sitzung eine Clusterung und Themensetzung vorzunehmen.

Abg. **Dr. Anna-Konstanze Schröder** bittet ebenfalls darum, in der nächsten Sitzung, orientiert am Einsetzungsbeschluss, die Themen zu erörtern. Sie merkt an, dass eine Beteiligung der Jugendlichen mehr Zeit in Anspruch nehme und drückt ihre Sorge aus, dass es zu lange dauere und die Zeit knapp sei. Ggf. könnten einige Themen vorgezogen werden. Sie bittet, darüber hinaus um Aufklärung zu den Arbeitsgängen innerhalb der Kommission.

Abg. **Henning Förster** stellt Konsens bei der Frage fest, dass mit dem Thema Beteiligung begonnen werden müsse. Dies solle als Ergebnis festgehalten werden, um in den Arbeitsmodus wechseln zu können. Die Themen des Einsetzungsbeschlusses müssen, unabhängig von deren Clusterung, behandelt werden. Für die Fraktion DIE LINKE regt er ggf. als Unterthema den Punkt „Übergang Schule Beruf“, insbesondere vor dem Hintergrund vieler freier Lehrstellen im Land an.

Abg. **Sabine Enseleit** bittet darum, die Themen des Einsetzungsbeschlusses zu behandeln. Der vom Abg. Förster angesprochene Punkt sei sicher ein Unterthema und ohnehin inkludiert. Die Themen sollten geclustert werden und man müsse darüber nachdenken, wie Kinder und Jugendliche einbezogen werden können. Es müsse eine Möglichkeit gefunden werden, abzufragen, welche Themen Kindern und Jugendlichen unter den Nägeln brennen. Dies könne beispielsweise über Social-Media Kanäle erfolgen. Ein Auftrag für das Sekretariat solle sein, Lösungsansätze zu erarbeiten, die bei der nächsten Sitzung als Entscheidungsgrundlage dienen können.

Sayed Mohammad Hashimi (nichtparlamentarisches Mitglied – Fraktion DIE LINKE) wünscht sich eine Konkretisierung beispielsweise im Punkt Gesundheit und hier konkret Krankenkassen. Im Gesundheitssystem gebe es viele Bereiche, in denen Jugendliche nicht die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten hätten. Gleiches gelte für Bildung, Mobilität usw.

Skarthe Stein (nichtparlamentarisches Mitglied – AfD Fraktion) stellt die Frage, wie eine breite Basis der Jugendlichen erreicht werden könne. Er verweist auf die sogenannten Filterblasen im Social-Media Bereich. Man werde über diesen Weg voraussichtlich relativ gut Jugendliche erreichen, die sich bereits jetzt für Politik interessieren. Was aber sei mit Jugendlichen, die zwar eine Meinung zu ihrer Zukunft haben, sich politisch aber bisher nicht beteiligen.

Abg. **Hannes Damm** spricht sich dafür aus, das aktuell diskutierte Thema zu vertagen um auf Referenten- und Sekretariatsebene die Themeninhalte zu strukturieren und auf Vollständigkeit zu prüfen. Alle beschlossenen Themen müssten berücksichtigt werden. Anschließend sollten die Ergebnisse fraktionsintern abgestimmt und abschließend darüber beraten werden, wie eine breitere Beteiligung realisiert werden könne. Ob diese Beteiligung in der Breite realisiert werden könne, sei für Ihn ungewiss und solle ggf. dem Sekretariat zurückgemeldet werden.

Vors. **Christian Winter** fragt, ob es sich um einen Geschäftsordnungsantrag zum Ende der Rednerliste handele (Reaktion auf Frage nicht hörbar.) und fragt ob es zu diesem Antrag eine Gegenrede gebe.

Abg. **Prof. Dr. Robert Northoff** gibt den Hinweis, dass die nichtparlamentarischen Mitglieder vielleicht noch etwas Zeit bräuchten, um sich zu äußern und appelliert, ihnen diese Zeit auch zu gewähren.

Vors. **Christian Winter** bittet aufgrund der Gegenrede um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag.

Abg. **Hannes Damm** zieht seinen Antrag zurück, bittet allerdings darum, dann auch inhaltlich zu diskutieren.

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass der Antrag zurückgezogen sei und erteilt dem Abg. **Henning Förster** das Wort.

Abg. **Henning Förster** regt an, vor dem zeitlichen Hintergrund (Sommerpause, nächste Sitzung im September) eine Verständigung zu grundsätzliche Fragen herzustellen. Es sei offensichtlich unstrittig, dass der Aspekt Beteiligung zuerst geregelt werden müsse. Darauf solle man sich festlegen und andere Dinge im Nachgang sortieren und strukturieren. Es sollte Klarheit darüber herrschen, womit es in der kommenden Sitzung konkret weitergehe.

Vors. **Christian Winter** ergreift das Wort, um aufgeworfene Fragen zu beantworten. Das vorliegende Cluster sei grob, es gäbe eine weitere Version, die hier leider nicht vorläge in der die Querschnittsthemen auch aufgeschlüsselt seien. Es stehe der Kommission frei, festzulegen, welches Thema Querschnittsthema und welches ein inhaltliches Thema sein soll. Aus seiner Sicht müssen Antidiskriminierung, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Corona sicher als Querschnittsthemen definiert werden. Es ließen sich auch weitere Themen aufnehmen, die in der Lebenswelt junger Leute eine wichtige Rolle spielen wie beispielweise Bildung und der Übergang Schule zu Beruf. Nach seiner Interpretation wurde im Einsetzungsbeschluss der Versuch unternommen, die Themencluster relativ weit zu fassen. Punkte, die dort bisher nicht genannt seien, können an dieser Stelle benannt werden. Zum weiteren Prozess: Gutachten werden nach inhaltlicher Abstimmung der Kommission in Auftrag gegeben. Operativ würde das Sekretariat dieses Procedere begleiten. In Hinblick auf die Zeitachse werde es so sein, dass bereits neue Themen bearbeitet und Gutachten zu vorherigen Thematiken noch ausstehen werden. Dies lasse sich nicht vermeiden, da es sonst nicht möglich sei, die vielen und wichtigen Themen zu bearbeiten. Vor diesem Hintergrund nehme er den Hinweis, nun schnell mit der Arbeit zu beginnen, auf. Das Sekretariat habe durch den Beschluss zum Beteiligungsprozess den klaren Arbeitsauftrag erhalten, im Social-Media Bereich aus der Blase der ohnehin politisch engagierten und beteiligten Menschen hervorzutreten. Als Gremium des Landtages müsse das Sekretariat dabei allerdings gewisse rechtliche Restriktionen beachten.

Abg. **Katy Hoffmeister** verweist auf den Einsetzungsbeschluss. Hier seien Querschnittsthemen benannt, die auch Querschnittsthemen und keine Einzelthemen seien. Zudem seien der Kommission 11 Themen auferlegt worden, die behandelt werden müssen. Es handele sich heute um eine Aussprache. Daran solle man sich halten und

erst in der kommenden Sitzung eine Beschlussfassung zu den Themen/Themenkomplexen auf die Tagesordnung setzen.

Abg. **Hannes Damm** stimmt der Abg. **Hoffmeister** in allen Punkten zu und ergänzt gegenüber dem Abg. **Prof. Dr. Northoff**, dass die nichtparlamentarischen Mitglieder selbstverständlich an der Diskussion teilnehmen sollen. Er befürchte aber, dass sie gar nicht wüssten, worüber Sie diskutieren sollen, wenn sie es nicht sehen. So gehe es ihm zumindest, da keine Beschlussvorlage vorliegen würde. Es sei für diese Sitzung eine Beratung angesetzt und daher widerspreche er auch dem Abg. **Förster** in Hinblick auf die von ihm angeregte Beschlussfassung.

Abg. **Prof. Dr. Robert Northoff** gibt der Abg. **Hoffmeister** dahingehend recht, dass sich die Themen des Einsetzungsbeschlusses wiederfinden müssen. Irritiert sei er über die Ausführungen des Abg. **Damm**. Es bestehe doch Konsens, dass relativ wenig Zeit sei und man mit der Arbeit beginnen müsse. Er regt an zu folgenden Punkten Konsens herzustellen. Das Sekretariat solle zur nächsten Sitzung eine Vorlage zum ersten Punkt, Beteiligungsformen, vorbereiten. Welche Formen der Beteiligung wären möglich, gibt es schon Ansprechpartner. So könne ein konstruktiver Vorschlag inhaltlich in der nächsten Sitzung erörtert werden. Daneben müsse eine neue Themenclusterung unter Berücksichtigung des ursprünglichen Einsetzungsantrages unter Beteiligung der Referent*innen und des Sekretariats erfolgen. Zu diesen Punkten solle in der nächsten Sitzung konstruktiv vorgetragen werden.

Robin Leger (nichtparlamentarisches Mitglied SPD-Fraktion) trägt ebenfalls seine Meinung vor, dass man sich nochmals mit der Clusterung beschäftigen müsse. Hierzu werden sicher auch die nichtparlamentarischen Mitglieder noch etwas einbringen, insbesondere bei der Feinclusterung bestimmter Themen. Er verweist auf die Zeitschiene und die Notwendigkeit, junge Menschen zu beteiligen, um gemeinsam die wichtigsten Themen zu benennen. Er befürworte, mit dem Thema Beteiligung zu beginnen. In der nächsten Sitzung sollten die überarbeiteten Themenvorschläge und Clusterungen diskutiert und beschlossen werden.

Abg. **Sabine Enseleit** schlägt vor, die Beteiligung direkt umzusetzen, indem man die jungen Menschen bei der Priorisierung und Clusterung bereits in der Sommerpause beteiligt. Das Ergebnis könne in der September Sitzung diskutiert und ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Dr. Ina Bösefeldt bemerkt, dass mit der durch die Abg. **Enseleit** vorgeschlagenen Beteiligung genau die Kinder erreicht würden, die auch erreicht werden sollen, aber eben nicht nur diese. Sie sei sich sicher, dass eine breite Beteiligung in der Kürze der Zeit nicht gelingen werde. Wer auf ein schnell geschaffenes Online-Portal reagiere, sei für Sie relativ klar. Die daraus resultierende Priorisierung wolle Sie nicht vornehmen. Mit der Kinder- und Jugendbeteiligung als Thema zu beginnen, befürworte sie. Eine Kinder- und Jugendbeteiligung zur Priorisierung der Themen durchzuführen, die im Kern keine sein kann, lehne Sie ab.

Abg. **Katy Hoffmeister** antwortet direkt und fragt **Frau Dr. Bösefeldt**, ob es denn richtiger sei, dass die Themen momentan durch die Kommission priorisiert würden. Was spräche dagegen, ein Portal zur Verfügung zu stellen, auf dem Kinder und Jugendliche die Top 3 der 11 Themen des Einsetzungsantrages priorisieren könnten.

Dr. Ina Bösefeldt stellt klar, dass dies empirisch nicht redlich sei und daher spreche Sie sich dagegen aus. In diesem Fall könne man auch bereits vorhandene Studien nutzen. Sie möchte mit dem Thema Kinder- und Jugendbeteiligung an sich beginnen damit anschließend eine echte Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen des möglichen durchgeführt werden könne.

Robin Leger stimmt **Frau Dr. Bösefeldt** zu. In der Sommerpause würden sich keine anderen Verbände, Organisationen usw. als die einbringen, die bereits jetzt durch die nichtparlamentarischen Vertreter Gehör finden. Mit diesem Vorgehen würde man sich nicht aus der Filterblase herausbewegen. Es müsse an die Leute vor Ort herangetreten werden, um mit diesen gemeinsam die Themen zu clustern, zu kategorisieren und priorisieren. Es sei ungemein wichtig, dies zu tun. Mit einem Schnellschuss über die Sommerferien sei dies nicht zu erreichen.

Abg. **Hannes Damm** ist der Meinung, die Diskussion führe am Thema vorbei und kritisiert den vorgelegten Entwurf erneut. Es müsse sich darüber verständigt werden, was die Kommission machen wolle. Einerseits höre er, man solle die Jugendlichen fragen, wie der Prozess gestaltet werden solle. Andere seien, wie er, der Meinung, man müsse zunächst darauf achten, dass nichts fehle und die Prioritäten richtig gesetzt und keine Inhalte vergessen würden. Dieser Prozess bedürfe einer Beteiligung, die vermutlich nicht kurzfristig in den Sommerferien initiiert werden könne. Eine Priorisierung mittels Klick wäre möglich, aber darum gehe es nicht. Es gehe darum, ein gutes Format für den

Prozess zu finden. Er stimme **Herrn Prof. Dr. Northoff** zu, sich bis zur nächsten Sitzung mit dem Beteiligungsprozess auseinanderzusetzen. In Bezug auf die Themen müsse sich die Kommission die Zeit nehmen, in den Gremien eine Form zu entwickeln, die als Diskussionsbasis für die nächste Sitzung dienen könne. Die diskutierte Vorlage sei nicht zweckdienlich und es sei daher zielführend, die Aussprache dazu zu vertagen.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes** merkt an, die Enquete-Kommission sei mit finanziellen Mitteln ausgestattet, die eine Beauftragung eines Meinungsforschungsinstitutes ermöglichen würden. Diese verfügen über Mittel und Wege, die Zielgruppe zu erreichen. Um eine Priorisierung der Themen vorzunehmen, könne das Sekretariat in Zusammenarbeit mit Meinungsforschungsinstituten einen Fragenkatalog entwickeln. Dies sei kurzfristig möglich und die Ergebnisse würden ein breites Meinungsspektrum darstellen.

Abg. Sabine Enseleit plädiert ebenfalls für die Abbildung eines breiten Meinungsbildes unter Vermeidung einer „Filterblase“. Sie gehe davon aus, dass Experten einen breiten Querschnitt der Kinder und Jugendlichen, insbesondere im Internet erreichen könnten. Dazu sollten die Sommerferien genutzt werden, um auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse in der nächsten Sitzung einen Beschluss fassen zu können. Es stehe heute nicht auf der Agenda, einen Beschluss zu fassen, auch nicht über einen ersten prioritären Punkt. Sie plädiere für eine Schlaglichtumfrage.

Vors. **Christian Winter** fragt bei der Abg. Enseleit nach, an wen die Schlaglichtumfrage gerichtet sein solle und stellt fest – an Jugendliche.

Abg. **Christian Winter** hält fest, dass gegenüber dem Sekretariat ein klarer und wichtiger Arbeitsauftrag, Organisation des Beteiligungsprozesses, formuliert wurde. Dies sei ein erstes Ergebnis der Sitzung. Der Aspekt der institutionellen Beteiligung sei separat zu betrachten und zu diskutieren. Dies sei klar voneinander zu trennen. Auf einer Seite müsse der Prozess betrachtet werden. Andererseits müsse geklärt werden, wie Beteiligung auf kommunaler Ebene funktioniere. Der Prozess der Themenclusterung sei normativ, da durch den Einsetzungsantrag Themen gesetzt seien. Es stehe den Mitgliedern der Kommission natürlich frei, eine thematische Struktur zu finden, mit der begonnen werden könne. Da die Themen bewusst offen formuliert wurden, bestehe Raum, neue bisher nicht betrachtete Themen aufzunehmen. Der Landtag könne bei Bedarf über die nachträgliche Aufnahme eines Themenfeldes, welches durch den

Einsetzungsbeschluss nicht gedeckt sei, abstimmen. Es sei unter Verweis auf die Besuchergruppe auf der Tribüne bereits jetzt gelungen, junge Menschen zu erreichen. Dazu beitragen würde auch die bereits gestartete Öffentlichkeitsarbeit auf der Website des Landtages. In Hinblick auf die Durchführung der Sitzungen in hybrider Form und einen Live-Stream, seien, wie bereits in der Obleute-Runde besprochen, noch einige Fragen zu klären.

Die 3. Sitzung werde am 2. September stattfinden. Bis zu diesem Zeitpunkt könne das Sekretariat den Beteiligungsprozess entwerfen und den Fraktionen vorstellen. Auch die Themenclusterung könne am 2. September beschlossen werden. Am 5. September könne dann mit der Bearbeitung des ersten Themenkomplexes begonnen werden.

Die 4. Sitzung werde am 30. September stattfinden.

Abg. **Dr. Anna-Konstanze Schröder** bittet darum, die weitere Planung in den Obleute-Runden zu thematisieren. Sie bittet darum, keine repräsentativen Umfragen in den Sommerferien durchzuführen. Diese seien nicht effektiv, Aufwand und Nutzen stünden in keinem Verhältnis und es handele sich nicht um eine echte Beteiligung. Sie plädiere dafür, mit Beteiligungsthemen zu beginnen und beantragt die Rednerliste zu schließen.

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass ein Geschäftsordnungsantrag vorliege und übergibt das Wort für eine wörtliche Gegenrede an den Abg. **de Jesus Fernandes**. Dieser stellt fest, der Antrag sei nicht zulässig, da sich die Abg. **Schröder** zum Sachverhalt geäußert habe.

Abg. **Dr. Anna-Konstanze Schröder** zieht den Antrag zurück.

Dr. Ina Bösefeldt stimmt den Ausführungen der Abg. **Schröder** zu und stellt heraus, dass sie sich für ein Beteiligungsformat mit organisierten und nichtorganisierten Jugendlichen einsetze.

Anna Jahn (nichtparlamentarisches Mitglied – Fraktion DIE LINKE) betont, die Sommerpause müsse genutzt werden. Sie sehe keine Gründe, die gegen eine Umfrage sprächen. Um herauszufinden, was die jungen Menschen interessiere, wäre dieses Instrument geeignet und auch zeitnah auf den Weg zu bringen. Die „Filterblase“ sei ein Problem, hier könne aber beispielsweise ein Werbeportal genutzt werden. Zusammenfassend - Zeit genutzt, Inhalt gebracht, Leute erreicht.

Skarthe Stein empfiehlt auf die Schulen zuzugehen. Dort seien alle jungen Leute zu erreichen, ohne „Filterblase“, ohne Zugangsbeschränkungen.

Anna Jahn nimmt den Vorschlag auf und verweist auf das Schulportal –itslearning-. Hierüber könne man zeitnah eine Umfrage starten.

Robin Leger stellt fest, er habe grundsätzlich nichts gegen gut gemachte Umfragen. Er sei sich aber nicht sicher, wie gut dies in den Sommerferien gelingen werde. Es sei ihm wichtig, Menschen zu erreichen, die in der Kommission nicht bereits durch außerparlamentarische Mitglieder vertreten und organisiert seien, wie beispielsweise der Gewerkschafts-Jugend oder einem anderen Verband.

Sabrina Repp (nichtparlamentarisches Mitglied – SPD Fraktion) merkt an, dass eine Umfrage keine Beteiligung sei. Daher sei es wichtig, zunächst über die Beteiligung zu reden, die dann als Basis für die weitere Arbeit dienen müsse. Eine Umfrage zum jetzigen Zeitpunkt führe die Kommission nicht weiter.

Abg. **Christian Winter** stimmt dem zu. In Hinblick auf den auszuarbeitenden, zu organisierenden Beteiligungsprozess sei im Sekretariat entsprechende Kompetenz angesiedelt. Es sei wichtig, einen pädagogisch vernünftigen Beteiligungsprozess zu initiieren. Eine Umfrage zum jetzigen Zeitpunkt befürworte er nicht.

Abg. **Katy Hoffmeister** stellt gegenüber **Frau Repp** klar, dass sie die Beauftragung einer repräsentativen Umfrage nicht mit einer Beteiligung gleichsetze und dieser Punkt dann für sie abgearbeitet oder ersetzt sei. Das Gegenteil sei der Fall. Durch eine repräsentative Umfrage könne ein Meinungsbild der jungen Menschen ermittelt werden, welche Themen ihnen wichtig seien.

Abg. **Prof. Dr. Robert Northoff** ist es wichtig, die Themencluster zur nächsten Sitzung unter Beteiligung der Referent*innen und des Sekretariats als Diskussionsgrundlage zu überarbeiten. Darüber hinaus müsse der Status des Beteiligungsprozesses in der Sommerpause erarbeitet werden. Bei der Frage, ob kurzfristig eine Umfrage beauftragt werden solle, bestehe offensichtlich Dissens. Zudem sei es schwierig, in so kurzer Zeit eine repräsentative Umfrage zu erarbeiten und durchzuführen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Notwendigkeit einer Stichprobenerhebung sowie relativ hohe Kosten. Alternativ könnten Jugendämter befragt oder die Shell-Studie herangezogen werden. Die Obleute-Runde solle abstimmen, welche Maßnahmen auch

unter Berücksichtigung der Sommerpause und finanzieller Möglichkeiten bis zur nächsten Sitzung realistisch sind.

Vors. **Christian Winter** stellt fest, dass dies so nicht möglich sei. Für eine Festlegung auf Maßnahmen bedarf es einer Beschlussvorlage, die innerhalb der Sitzung der Kommission beraten und ggf. beschlossen werde.

Abg. **Thomas de Jesus Fernandes** verweist auf die Kompetenz von Meinungsforschungsinstituten. Das Ausschussesekretariat könne die Fragen entsprechend der Festlegungen des Einsetzungsbeschlusses formulieren und ein Meinungsforschungsinstitut beauftragen. Dies würde die Beteiligung, die gut und wichtig sei, nicht ausschließen. Entsprechende finanzielle Mittel stünden der Enquete-Kommission zur Verfügung.

Abg. **Sabine Enseleit** warnt davor, zu viel Zeit zu verlieren. Umfragen seien zudem kostengünstig durchzuführen. Die Äußerungen von **Frau Jahn** seien sehr interessant gewesen. Darauf solle eingegangen werden. Junge Menschen sollten sofort in die Diskussion eingebunden werden. Wie kann eine Umfrage gestaltet werden, die ein möglichst breites Meinungsbild bei der Zielgruppe ergibt. Sie sehe aktuell auch keinen konstruktiven Gegenvorschlag in der Runde.

Sayed Mohammad Hashimi plädiert dafür, all die genannten Möglichkeiten zur Erhebung eines Meinungsbildes zu nutzen. Er weist darauf hin, dass einige Kinder aus verschiedenen Gründen nicht die Schule besuchen. Hier müssten andere Formen der Kontaktaufnahme gefunden werden.

Abg. **Henning Förster** plädiert dafür, eine konkrete Festlegung zu treffen, wie konkret in der 3. Sitzung weiter verfahren werden solle und welchen Arbeitsauftrag das Sekretariat bis zur nächsten Sitzung erhält. Er verweist diesbezüglich auf die Anregungen des Abg. **Prof. Dr. Northoff** sowie seine eigenen.

Abg. **Michel-Friedrich Schiefler** stellt den Antrag, die Rednerliste zu schließen.

Vors. **Christian Winter** entgegnet, dies sei nicht erforderlich, da niemand mehr auf der Rednerliste stehe. Er geht auf den Redebeitrag des Abg. Förster ein und stellt fest, dass in der heutigen Sitzung keine Beschlüsse gefasst werden können. Wie in der Obleute-Runde besprochen, werde in der nächsten Sitzung ein Tagesordnungspunkt zum Beschluss der thematischen Reihenfolge aufgesetzt. Die Fraktionen seien eingeladen,

entsprechende Beschlussvorlagen einzureichen. Das Sekretariat habe zudem den Auftrag, einen Beteiligungsprozess zu erarbeiten. Aus seiner Sicht verliere man über die Sommerferien keine Zeit, da viele potentielle Akteure des Beteiligungsprozesses nicht oder nur eingeschränkt erreichbar seien. Durch die Vorbereitung des Beteiligungsprozesses und der Beschlussfassung der Themen in der nächsten Sitzung könne ab 5. September konkret mit der Bearbeitung des ersten Themenkomplexes begonnen werden.

Vors. **Christian Winter** schließt den Tagesordnungspunkt 3, bedankt sich für eine lebhafte Debatte und leitet über zu Tagesordnungspunkt 4.

PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG

Allgemeine Kommissionsangelegenheiten

Vors. **Christian Winter** gibt bekannt, dass die Enquete-Kommission nach Absprache mit anderen Ausschüssen und innerhalb der Obleute-Runde dauerhaft in der zweiten Sitzungswoche (dunkelgrüne Woche) am Freitag um 11:00 Uhr tagen werde. Ausgenommen davon seien Sondersitzungen wie beispielsweise Veranstaltungen vor Ort. Sondersitzungen seien vorab zu beantragen. Als ständiger Gast werde das Sozialministerium eingeladen, da die politische Zuständigkeit dort angesiedelt sei. Weitere Fachministerien werden in Absprache zwischen Vorsitzendem und Sekretariat themenbezogen geladen.

In Hinblick auf Live-Stream-Übertragungen sowie die Durchführung der Sitzungen in hybrider Form bestehe noch Abstimmungsbedarf innerhalb der Fraktionen. Dazu werde in der nächsten Sitzung unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie des Meinungsbildes innerhalb der Fraktionen beraten.

Zukünftig erfolge die Einladung grundsätzlich nicht mehr personalisiert, sondern als Mitteilung über goTresor.

Im Sekretariat hätten zum 1. Juni Frau Petra Bittner als Referatsleiterin, Frau Sarah Buse als Bürosachbearbeiterin, Frau Teresa von Jan als Referentin sowie zum 15. Juni Frau Monique Frähmke als Referentin ihre Tätigkeit aufgenommen.

Alle Mitglieder sollten einen goTresor-Zugang erhalten haben. Für Rückfragen, Nachmeldungen neuer Nutzer o.ä. stehe Herr Alexander Fieber im Sekretariat als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Homepage der Enquete-Kommission, eine Unterseite der Landtags- Homepage, sei online. Es seien erste Basisinformationen, wie bspw. Mitglieder und Arbeitsauftrag der Kommission, dargestellt. Die Homepage werde durch das Sekretariat kontinuierlich gepflegt und inhaltlich aktualisiert.

Termin der nächsten Sitzung sei der 2. September 2022 um 11:00 Uhr, voraussichtlich im Plenarsaal. Die Mitteilung zur 3. Sitzung wird über goTresor bereitgestellt.

Vors. Christian Winter fragt, ob weitere Wortmeldungen oder Fragen vorlägen. Dies sei nicht der Fall. Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Beteiligten für die Teilnahme und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 13:12 Uhr

gez. Christian Winter

Vorsitzender

Tischvorlage

für die

2. Sitzung,
am 24. Juni 2022, 11.00 Uhr, Schloss Schwerin, Plenarsaal

hier:

Aktualisierte Übersicht aller Mitglieder und Stellvertretenden Mitglieder der
Enquete-Kommission
„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Übersicht der Mitglieder der Enquete-Kommission

Vorsitzender: Christian Winter (SPD)

Stellv. Vorsitzender: Hannes Damm (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Parlamentarische Mitglieder

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Nadine Julitz Christine Klingohr Prof. Dr. Robert Northoff Dr. Anna-Konstanze Schröder Christian Winter Michel-Friedrich Schiefler (Obmann)	Marcel Falk Dagmar Kaselitz Ralf Mucha Nils Saemann
CDU	Katy Hoffmeister (Obfrau) Marc Reinhardt	Ann Christin von Allwörden Christiane Berg Sebastian Ehlers Daniel Peters
AfD	Thomas de Jesus Fernandes (Obmann) Petra Federau	Nikolaus Kramer Thore Stein
DIE LINKE	Christian Albrecht (Obmann)	Steffi Pulz-Debler
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Hannes Damm (Obmann)	Jutta Wegner Anne Shepley Constanze Oehlich Dr. Harald Terpe
FDP	Sabine Enseleit (Obfrau)	Sandy van Baal

Anlage zum Protokoll

Nicht parlamentarische Mitglieder

Ordentliche Mitglieder

Stellvertretende Mitglieder

SPD

Dörte Heinrich
Jugendamt Landkreis
Vorpommern-Rügen

Mark Klinkenberg
Jugendamt Schwerin

Dr. Ina Bösefeldt
Landesjugendring
Mecklenburg-Vorpommern

Johannes Beykirch
Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend

Robin Leger
Deutscher Gewerkschaftsbund

Maik Walm
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Katja Kant
Kreissportbund Ludwigslust-Parchim

Uwe Hanisch
Kreisjugendfeuerwehr Mecklenburgische
Seenplatte

Miriam Raket
Rat für Umwelt und Nachhaltigkeit

Dr. Christian Ulbricht
Welcome-Center der Universität Greifswald

Sabrina Repp
Projekt „Ich bin wählerisch!“ M-V

CDU

Theo Hadrath
1. Vorsitzender der Sportjugend MV

Mattias Nowatzki
Referent Jugendarbeit
Landesfeuerwehrverband M-V

Max Kuster
Sozialarbeiter

Katharina Scheyko
Jugend- und Auszubildendenvertretung auf
Bezirksebene und in der Agentur für Arbeit

AfD

Alexander Tschich

Skarthe Stein

DIE LINKE

Sayed Mohammad Hashimi

Anna Jahn